



© Thomas Kohler (BY 2.0)

MORGEN WIRD ALLES BESSER

Bestimmt der Blick in „unsere Zukunft“ wirklich die Politik?

Der Blick nach vorne ist eine beständige Komponente unserer politischen Kultur. PolitikerInnen werden nicht müde, uns von ihrem Einsatz für „unsere Zukunft“ überzeugen zu wollen. Dass sie damit eher den Zeitraum bis zu ihrer Wiederwahl anstatt bis 2048 meinen, wird in der politischen Rhetorik nur zu gerne offengehalten. Gleichzeitig bleiben diejenigen häufig außen vor, die wirklich die „Zukunft unseres Landes“ sind: junge Menschen.

Zukunftsfest“, „zukunftsfähig“, „zukunftswisend“, „zukunftorientiert“ und „zukunftsgerecht“ – der aktuelle Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD ist gespickt mit Versprechen für unsere Zukunft. Über 100 Mal taucht der Begriff in dem Dokument auf und macht einmal mehr deutlich, wie allgegenwärtig der Blick in die Wahrsagekugel für die politische Rhetorik ist. Das sah in den Regierungspapieren von 2013 oder 2009 nicht anders aus.

Auf in die „enkeltaugliche“ Zukunft
Auf den ersten Blick ist die Fokussierung auf die Zukunft aus unserer po-

litischen Kultur nicht wegzudenken. Die Politik soll für ihre BürgerInnen sorgen – heute, morgen und am besten für immer. Alles soll besser werden, sicherer und gerechter sowieso. Und alle politischen Entscheidungen müssen diese Entwicklung garantieren. So einfach, so gut. Ein beliebter Fixpunkt sind dabei „unsere“ Kinder und Enkel – für eine „enkeltaugliche Zukunft“ strahlen uns PolitikerInnen in der gesamten Bundesrepublik von ihren Wahlplakaten entgegen. Und Bundeskanzlerin Merkel mahnt in der Öffentlichkeit sehr gerne an, dass politische Entscheidungen „enkeltauglich, oder wenigstens mal kindertauglich“ sein müssen. Eine

wichtige Frage ist vielleicht, was diese Strategie über uns alle als WählerInnen aussagt. Glauben wir in Zeiten von globalen Verwerfungen und schwindenden Ressourcen wirklich daran, dass unsere Enkelkinder es eines Tages besser haben werden als wir?

Stimmenfang mit Zukunftsträumen
Sicherlich kann der Blick in die Zukunft nur in die breite Palette der Wahlkampfversprechen eingereiht werden. Längst sind wir daran gewöhnt, dass Versprechen im Wahlkampf nicht auf die Goldwaage gelegt werden können. Seien es am Ende bitter erkämpfte Kompromisse oder schlichter Eigennutz unserer gewählten VertreterInnen, die Erfahrung von nicht erfüllten politischen Versprechen kommt uns allen nur allzu bekannt vor. Eine aktuelle Studie über die letzten Legislaturen zeigt, dass die letzten Regierungen auf Bundesebene etwa 60 Prozent ihrer Wahlversprechen in reale Politik

umsetzen konnten.¹ Diese Zahl mögen wir als hoch oder niedrig empfinden – eine klare Diskrepanz lässt sich nicht wegdiskutieren.

Dieser Umstand macht die Frage möglicherweise viel spannender, warum das Konzept der Zukunft überhaupt als so starkes und wirksames Motiv in der politischen Sprache betrachtet wird. Am Ende kommt darin zum Ausdruck, dass wir unseren gewählten VertreterInnen das Vertrauen aussprechen, dass sie weitaus besser abschätzen, welche Umstände und Schwierigkeiten unserer Gesellschaft zukünftig begegnen werden, als wir es je könnten. Wie „gütige Herrscher“ haben sie das Schicksal „ihres Volkes“ fest im Griff. Dass ein solches, uneingeschränktes Einfordern von Vertrauen zu umso mehr Politikverdrossenheit führt, wenn die Regierung nicht mehr in der Lage ist, uns vor den Verwerfungen der globalisierten Welt zu schützen, wird viel zu wenig diskutiert.

The Future is
not ours to see...

Zugegebenermaßen werden die Faktoren, die unser Leben und unsere Zukunft beeinflussen, komplexer und global vernetzter. Ob es nun die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, die globale Sicherheitslage, weltweite Migrationsbewegungen oder Umweltbedrohungen wie der Klimawandel sind, ihre konkrete Vorhersage und damit Kontrollierbarkeit nimmt stetig ab. Ganz zu schweigen von Lösungen und Antworten auf diese Herausforderungen, die schon lange nicht mehr auf kommunaler oder auch nationaler Ebene zu finden sind.

Bei Wahlkampfstrategien in Deutschland (und weltweit) ist das Erfolgsrezept jedoch weiterhin unumstritten: Das Versprechen für eine bessere Zukunft. Und warum auch nicht? Dass politische Entscheidungen im Sinne der nachfolgenden Generationen getroffen werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt zumindest nicht abschließend falsifizieren. Und im Zweifelsfall müssen unsere SpitzenpolitikerInnen nicht mehr Rede und Antwort stehen, wenn sich ihre Vorhersagen in 30 Jahren als nicht besonders realitätsnah erweisen. 51 Jahre beträgt das Durchschnittsalter in Merkels aktuellen Kabinett.

Sind wir alle doch mal ehrlich: Wirklich enkeltauglich wäre eine Po-

litik, mit der nicht die Ressourcen des Planeten unwiderruflich zerstört werden, Reichtum zunehmend in den Händen Einzelner konzentriert ist und Millionen von Menschen weltweit in die Flucht getrieben werden. Wahlversprechen zur Beantwortung dieser Zukunftsfragen haben wir in der letzten Bundestagswahl jedoch schmerzlich vermisst.

Die Zukunftsfrage ist nur als Gerechtigkeitsfrage zu lösen

In welcher Form könnte unser schwerfälliger Politikapparat eine ehrliche Komponente der Lern- und Anpassungsfähigkeit entwickeln? Wie könnte eine wirksame politische Beteiligung der zukünftigen Generationen aussehen? Werfen wir zunächst einen Blick auf aktuelle Entscheidungen der großen Koalition. Unter der Federführung des SPD-geführten Arbeitsministeriums wurde ein Rentenpaket geschnürt, das nachkommende Generationen noch für Jahrzehnte belasten wird. Ab 2019 sollen die Leistungen aus der Rentenversicherung ausgeweitet werden. Vor dem Hintergrund des demographischen Wandels werden heute Rentenversprechungen gemacht, die morgen kaum noch zu halten sind. Einmal mehr wird deutlich, dass an den Wählerstimmen von 20 Millionen RentnerInnen niemand vorbeikommt. Aber auch in anderen Ländern wird in letzter Zeit deutlich, wie ein Übergewicht der älteren Generationen, die Zukunft eines ganzen Landes entscheidet. Bei der Volksbefragung zum Brexit in Großbritannien wurde erschreckend deutlich, wie die Meinungen zwischen den verschiedenen Generationen auseinanderdriftet. Am Ende wurde gegen den mehrheitlichen Willen einer jungen Generation entschieden, die eine Welt ohne die Europäische Union gar nicht mehr erlebt hat und die schon lange nicht mehr innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten denkt.

Zukunft für die, die sie erleben werden
Unerwähnt in der Debatte bleiben auch die 13 Millionen BundesbürgerInnen in Deutschland – Kinder und Jugendliche – die vom Grundrecht, wählen zu dürfen, systematisch ausgeschlossen werden. Der „Zukunft unseres Landes“ bleibt es leider verwehrt Entscheidungen mit zu beeinflussen, mit denen sie am

Ende wirklich leben müssen. Immer wieder gibt es neue Anstöße und Initiativen, ein Wahlrecht ab 0 Jahren zu realisieren. Sinnvoll erscheint der Vorschlag vielen, einer Umsetzung scheint er aber nicht näherzurücken. Seltsam eigentlich, selten gab es die Gelegenheit, die eigene Partei für eine gewaltige Anzahl an NeuwählerInnen attraktiv zu machen. Am Ende lauert möglicherweise tatsächlich die Angst, dass politische Entscheidungen sich inzwischen viel zu weit davon entfernt haben, was unsere Kinder und Enkel wirklich brauchen und umso deutlicher wird, dass eigentlich nur eine kleine Elite des Landes von aktuellen politischen Entscheidungen profitiert.

Viele Problemfelder, die Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene heute betreffen, finden kaum Platz in der öffentlichen Diskussion. Etwa, dass jedes 5. Kind in Deutschland von Armut betroffen ist. Oder wie schwer der erste Berufseinstieg für junge Menschen geworden ist und in deutlich schlechter bezahlten und prekäreren Arbeitsverhältnissen endet, als ihre Eltern je erleben mussten. An diesem Punkt wird plötzlich deutlich, für wen die schönen Versprechungen um eine bessere Zukunft tatsächlich gemacht werden. An die Menschen in Deutschland, die persönlich erlebt haben, dass eine bessere Zukunft und ein Leben in Wohlstand für sie möglich ist. Die persönlich nicht anzweifeln müssen, dass die Regierung ihre Interessen auch vertritt. Umso bitterer ist die Erkenntnis, dass mit politischen Zukunftsversprechen am Ende diejenigen Menschen verhöhnt werden, die die Kosten für „unsere bessere Zukunft“ tragen und mit Sicherheit tragen werden – „enkeltauglich“ sieht anders aus.



Elisabeth Staudt

Die Autorin ist Referentin für nationale Nachhaltigkeitspolitik beim Forum Umwelt und Entwicklung.

¹ http://acumen.lib.ua.edu/u0015/0000001/0000968/u0015_0000001_0000968.pdf.



3 / 2018

Rundbrief

Forum Umwelt & Entwicklung

RUNDBRIEF-SPEZIAL
zur Zukunftskonferenz
Schöne Neue Welt

Schöne Neue Welt 2048

Die Welt in 30 Jahren: flexibel, digital,
kosmopolitisch, aber leider nicht nachhaltig